

Julia Schweers

Die Vernichtung der grünen Lunge

Die nächste UN-Klimakonferenz, die während der ersten beiden Dezemberwochen im polnischen Katowice tagt, steht unter einem denkbar schlechten Stern: dem der Amtseinführung des neuen brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro im Januar 2019. Dessen Wahl stellt nicht nur eine Katastrophe für die brasilianische Demokratie dar, sondern droht zugleich zu einer Umweltkatastrophe globalen Ausmaßes zu werden.

Denn Bolsonaro hat seinen Wahlerfolg nicht zuletzt einer Gruppe zu verdanken: der in Brasilien äußerst mächtigen Agrarlobby. Das zeigt sein besonders starkes Abschneiden im agrarisch geprägten Westen Brasiliens. In den Bundesstaaten Mato Grosso und Rondônia erhielt er im zweiten Wahlgang teilweise sogar über 70 Prozent der Stimmen. Zwar hat auch hier sicherlich die Klaviatur der Ängste aus Rassismus, Sexismus und Homophobie gewirkt, derer sich der Rechtsextremist bediente. Vor allem aber erklärt sich das Wahlergebnis aus den materiellen Erwartungen seiner dortigen Wählerschaft. Die Landwirte erhoffen sich von Bolsonaro, dass er die Politik des Naturschutzes und der Respektierung der Rechte indigener Völker, so unvollkommen diese auch immer ist, beendet und den weiteren Raubbau an der Natur legalisiert. Genau das hat Bolsonaro auch vor: Während des Wahlkampfes versprach er, „keinen Zentimeter“ der Reservate der traditionell lebenden indigenen Bevölkerung übrig zu lassen. Diese umfassen gut ein Zehntel des brasilianischen Territoriums und große Teile des Amazonas-Regenwaldes und schützen den Wald bislang vor Ausbeutung und Zerstörung durch Landwirtschaft und Bergbau.

Bolsonaro gelobte außerdem, es US-Präsident Donald Trump gleichzutun und aus dem Pariser Klimaabkommen auszutreten. Zwar fügte er später einschränkend hinzu, diesen Schritt nur gehen zu wollen, falls er die Hoheitsgewalt Brasiliens durch das internationale Abkommen gefährdet sehe. Doch was genau damit gemeint ist, bleibt der Phantasie überlassen. In dieser Hinsicht bietet auch die Berufung des künftigen brasilianischen Außenministers Ernesto Araújo keinen Grund zur Hoffnung: Der Diplomat hält den Klimawandel für eine Verschwörung „kultureller Marxisten“, um das Wachstum westlicher Wirtschaften zu bremsen und das von China anzukurbeln.¹ An den Pariser Vereinbarungen dürfte Bolsonaro in jedem Fall kein Interesse haben: Im Klimaabkommen hat sich das Land verpflichtet, die illegale Abholzung des Amazonas bis 2020 zu stoppen und bis 2030 eine Fläche von 120 000 Quadratkilometern wieder aufzuforsten. Genau das wäre auch

¹ Vgl. Jonathan Watts, Brazil's new foreign minister believes climate change is a Marxist plot, in: „The Guardian“, 15.11.2018.

dringend nötig, um den globalen Klimawandel noch zu begrenzen. Wälder sind der größte CO₂-Speicher der Erde. Schätzungen des Weltklimarats zufolge sind rund zwölf Prozent der weltweiten Kohlendioxid-Emissionen allein auf den Verlust an CO₂-speichernden Wäldern zurückzuführen. In Brasilien ist die Abholzung von Wald sogar für die Hälfte des Kohlendioxid-Ausstoßes verantwortlich.

Ein drittes Wahlversprechen Bolsonaros war die Abschaffung des Umweltministeriums und dessen Integration in das Ministerium für Landwirtschaft – dieses Vorhaben ist allerdings inzwischen wieder vom Tisch. Denn Kritik kam nicht nur von Umweltschützern und dem noch amtierenden Umweltminister, sondern auch aus der Landwirtschaft. Zu unterschiedlich seien die Aufgaben der beiden Ministerien, um sie zusammenzulegen, hieß es. Dennoch ist offensichtlich, woher der Wind weht. So ist höchst unwahrscheinlich, dass es Bolsonaro bei seiner Entscheidung um die Zukunftsängste der indigenen Bevölkerung oder um die Sorgen von Umweltschützern ging. Vielmehr steht für ihn die Lockerung von Umweltauflagen und Kontrollen im Sinne der Agrarwirtschaft im Vordergrund.

Diese hat sich seit der wirtschaftsliberalen Reform der Landwirtschaft in den 1990er Jahren eine starke Verhandlungsmacht in Brasilien gesichert, und zwar auf zweierlei Weise: Zum einen setzten internationale Agrarkonzerne wie Monsanto vermehrt auf den Abschluss von öffentlich-privaten Partnerschaften. Zum anderen ist es ihnen gelungen, eigene Interessenvertreter in höchsten politischen Ämtern zu platzieren. So ist Blairo Maggi, der scheidende Agrarminister und frühere Senator des Bundesstaats Mato Grosso, zugleich Geschäftsführer der Amaggi Group, des weltweit größten Sojaproduzenten und -exporteurs.

Brasiliens innerer Kolonialismus

Die Agrarwirtschaft ist also schon lange politisch einflussreich. Die ganz besondere Nähe der Landwirte zu Bolsonaro beruht allerdings auf ihrer Verbundenheit zur Militärdiktatur, die zwischen 1964 und 1985 in Brasilien herrschte. Schließlich war sie es, die ihren Aufbruch in den Westen Brasiliens überhaupt erst ermöglicht hat. In den 1960er Jahren setzte sie ein staatliches Modernisierungsprogramm auf, durch das der armen Bevölkerung preiswert Land zur Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt werden sollte, und legte damit den Grundstein für die Kolonialisierung des Amazonasgebietes. Unter dem Slogan „Land ohne Menschen für Menschen ohne Land“ siedelte das eigens dafür gegründete „Amt für Kolonialisierung und Agrarreform“ zwischen Mitte der 1960er und Mitte der 1990er Jahre 16 219 Familien allein nach Mato Grosso um.² Zugleich verkaufte es im selben Bundesstaat bis 1990 rund vier Mio. Hektar Land an Privatinvestoren, die ihrerseits Land an die Siedler verpachteten. Die größte Siedlergruppe stellen jedoch jene Glücks-

2 Vgl. Lisa Rausch, *Convergent Agrarian Frontier in the Settlement of Mato Grosso, Brazil*, in: „Historical Geography“, 42/2014, S. 276-297, hier: S. 280.

ritter, die abseits legaler Wege ihre Chance im Wilden Westen Brasiliens suchten. Im Zuge der Abholzungen für Städtebau, Autobahnen, Felder und Weideflächen kamen viele indigene Gruppen zum ersten Mal in Kontakt mit dem Rest der Welt. Für die Indigenen brachte dies nicht nur die verheerende Ansteckung mit für sie neuen Krankheiten mit sich, sondern vielfach auch die euphemistisch als „Umsiedlung“ titulierte Vertreibung.

Der Bundesstaat Mato Grosso – dessen Name so viel heißt wie „dichtes Unterholz“ – hat sich seitdem zum größten Sojaproduzenten Brasiliens entwickelt. Und Soja ist mittlerweile, angetrieben durch die große Nachfrage nach Futtermitteln aus China, Brasiliens mit Abstand wichtigstes Exportgut. Sein Exportwert liegt heute bei rund 19 Mrd. US-Dollar jährlich.³

Die fatalen Folgen: Versteppung, Erderwärmung und Trockenheit

Doch die konventionelle Landwirtschaft, mittels derer das Soja angebaut wird, gleicht einem Teufelskreis, der die Abholzung des Regenwaldes immer weiter befeuert. Denn die dünne tropische Humusschicht ist schnell ausgelaugt und von dem einst dunklen Boden bleibt nur staubig gelber Sand übrig. Um konkurrenzfähig zu bleiben, muss also den sinkenden Erträgen entgegengewirkt werden: entweder, indem neues Land durch Waldrodungen urbar gemacht wird oder durch Investitionen in ertragreicheres hybrides Saatgut und in Düngemittel. Letzteres ist deutlich kostenintensiver. So machen die Ausgaben für Saatgut, Düngemittel und Pestizide – die von internationalen Großkonzernen stammen – mittlerweile mehr als die Hälfte der Produktionskosten aus, deutlich mehr also als die menschliche Arbeitskraft, deren Anteil bei nur drei Prozent der Produktionskosten liegt.⁴ Obgleich die brasilianische Regierung seit 1988 die illegale Abholzung des Regenwaldes zu kontrollieren versucht, scheitert die Durchsetzung an dezentralen, uneinheitlichen Zertifizierungssystemen für legale Rodung und an Korruption.⁵ Auch das Moratorium von 2006, in welchem sich internationale Rohstoffhändler verpflichteten, auf den Kauf von auf illegal gerodeten Flächen angebautem Soja zu verzichten, hatte bisher kaum Erfolg: Das belegen Satellitenaufnahmen, die zahlreiche Neurodungen dokumentieren. Durch den Verkauf über Zwischenhändler ist es jedoch ein Leichtes, die Herkunft der Ernte zu vertuschen.⁶

Immerhin sank die jährlich abgeholzte Fläche in den Jahren 2004 bis 2014 von 27 000 auf 5 000 Quadratkilometer, wie die Daten des brasilianischen Nationalen Instituts für Raumforschung INPE zeigen. Doch in den vergangenen Jahren sind diese Zahlen auch aufgrund spärlicher Kontrollen wieder gestiegen, 2017 auf knapp 7 000 Quadratkilometer.⁷

3 Vgl. The Observatory of Economic Complexity, Brazil, www.atlas.media.mit.edu.

4 Vgl. Antonio A. Ioris, *Encroachment and Entrenchment of Agro-Neoliberalism in the Centre-West of Brazil*, in: „Journal of Rural Studies“, 51/2017, S. 15-27, hier: S. 21.

5 Vgl. Greenpeace, *Imaginary Trees, Real Destruction*, www.greenpeace.org, 20.3.2018.

6 Vgl. C. A. Silva und Mendelson Lima, a.a.O., S. 451f.

7 Vgl. Tjerk Brühwiller, *Brasiliens Präsident Bolsonaro: Kommandant der Kettensägen*, in: „Frank-

Bereits vor der Wahl Bolsonaros waren also die Bedingungen für den Schutz des brasilianischen Amazonasgebiets alles andere als optimal. Und schon heute sind die ökologischen Folgen der Kolonialisierung des Amazonasgebiets erschreckend: Allein der Bundesstaat Rondônia ist schätzungsweise zu 43 Prozent gerodet. Ein Vergleich aktueller Vegetationskarten Brasiliens mit jenen der 1950er und 1970er Jahre zeigt auf eindruckliche Weise, wie die Versteppung des Landes selbst in den tropischen Niederschlagszonen des Amazonasgebiets immer weiter fortschreitet.⁸

Die klimatischen Folgen dieses Verlustes sind längst spürbar: Allein zwischen 2012 und 2017 stieg die Durchschnittstemperatur in Nord-Rondônia um zwei Grad Celsius.⁹ Bereits 2005 erlebte das Amazonasbecken eine ausgeprägte Dürre, die damals als Jahrhundert-Dürre bezeichnet wurde. Nur fünf Jahre später, 2010, ereignete sich jedoch abermals eine Dürre gleichen Ausmaßes. Dass solche Trockenperioden in den Tropen im direkten Zusammenhang mit der Abholzung stehen, belegt auch eine Studie des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung. Die Forscher konnten zeigen, wie der Waldverlust den Wasserkreislauf des Amazonaswaldes aus dem Gleichgewicht bringt und somit regionale Trockenheit verstärkt – was wiederum ein weiteres Fortschreiten des Waldsterbens zur Folge hat.¹⁰

Doch Umweltschutz ist in Brasilien lebensbedrohlich: Über 100 Indigene werden jährlich in Brasilien im Zusammenhang mit Landnahme ermordet.¹¹ Und 2017 stellte Brasilien nicht zum ersten Mal einen traurigen Rekord auf. Nirgendwo sonst auf der Welt wurden so viele Umweltschützerinnen und Umweltschützer ermordet – 46 insgesamt und viele davon im Amazonasgebiet.¹²

Dass Bolsonaro angesichts dieser Entwicklungen plötzlich einlenkt, ist höchst unwahrscheinlich. Zu stark ist dafür der Einfluss der Agrarlobby. Dabei machen Temperaturanstieg und Trockenheit im Südosten des Landes auch den Landwirten zu schaffen. Allenfalls könnte ein Sinneswandel in Richtung Klimaschutz früher oder später also von Brasiliens Landwirten selbst ausgehen. Darauf allerdings sollten sich Klimaschützer wie die internationale Staatengemeinschaft keinesfalls verlassen. Sie müssen Druck auf Brasilien ausüben. Einen Anlass dafür bietet nach Katowice auch die UN-Klimakonferenz im nächsten Jahr: Diese richtet ironischerweise ausgerechnet Brasilien aus.

furter Allgemeine Zeitung“, 5.11.2018.

8 Vgl. Richard Dehmel (Hg.), Diercke Weltatlas, Braunschweig 1967 [1957], S. 140; Ferdinand Mayer (Hg.), Diercke Weltatlas, Braunschweig 1974, S. 163; National Geographic Society (Hg.), Concise Atlas of the World, Washington D.C. 2012, S. 42.

9 Vgl. Dom Phillips, Bolsonaro backers wage war on the rainforest, in: „The Guardian“, 25.10.2018.

10 Vgl. Delphine C. Zemp et al., Teufelskreis aus Dürre und Waldverlust am Amazonas, www.pik-potsdam.de, 23.3.2017.

11 Vgl. Relatório aponta 53 mortes em MS de indígenas envolvendo conflitos no campo e desnutrição de crianças, <https://g1.globo.com>, 30.9.2018.

12 Vgl. Jonathan Watts, Almost four environmental defenders a week killed in 2017, in: „The Guardian“, 2.2.2018.